

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 18 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postk.-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 84

Altensteig, Donnerstag den 10. April 1930

53. Jahrgang

Die erhöhte Biersteuer abgelehnt

Erster Appell der Regierung — Biersteuer im Ausschuss abgelehnt

Berlin, 9. April. Der Steueraussschuß des Reichstages hat, nachdem er gestern die Tabaksteuervorlage und die Mineralwassersteuer abgelehnt hatte, heute die Vorlage über die Biersteuererhöhung abgelehnt. Für die Vorlage stimmten nur das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei.

Nach der Ablehnung der Biersteuererhöhung wurde die Novelle zum Branntweinmonopol gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmabgabe der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgte die Vorlage über die Erhebung der Ausbringungsumlage für 1930. Abg. Reil (S.) beantragte verschiedene Änderungen. Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer wies darauf hin, daß nach den Beschlüssen des Reichsrates die Industrieumlage noch einmal erhoben werden solle, sobald sie durch die Annahme des Vorkontrahes beseitigt worden sei. Er versicherte, daß er sich nur ungern zu einer Zwecksteuer entschließen habe, doch halte er es für notwendig, um die Mittel zu beschaffen, durch die ein Kostendruck von 10 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung gebildet werden könne. Auf diesen Standpunkt habe sich das gesamte Kabinett gestellt. Die jetzt von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträge, die eine dauernde Erhöhung der Besteuerung wollen, sind für die Regierung ganz unannehmbar. Abg. Dr. Rabemacher (Dn.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Annehmbar sei nur der Gedanke, dem notleidenden Kleinrentner endlich einen Rechtsanspruch zu geben.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einkommensteuersenkung wird mit 14 gegen 13 Stimmen bei einer Stimmabgabe abgelehnt. Abgelehnt wird auch eine sozialdemokratische Entscheidung zu Gunsten der Kleinrentner.

Die Reaktionsvorlage wird nach Ablehnung aller Änderungsanträge bei Stimmabgabe der Deutschnationalen angenommen. Damit ist die Ausschussberatung der bisher vorliegenden Dekretsvorlagen beendet.

Berlin, 9. April. Die Ablehnung der Biersteuererhöhung im Steueraussschuß wird die Regierung veranlassen, heute nachmittags um 4 Uhr zu einer Kabinettsitzung zusammenzutreten, um sich mit der durch die Ausschussbeschlüsse geschaffenen Lage zu beschäftigen. Die Regierung hält, wie die „Germania“ betont, einmütig an dem von ihr vertretenen Sanierungs- und Deckungsprogramm fest.

Sie wird heute abend diesen Standpunkt vor den Parteiführern zum Ausdruck bringen und noch einmal an die Parteiführer appellieren, um die Parteien über den Ernst der Situation nicht im unklaren zu lassen. Das Kabinett ist auf jeden Fall entschlossen, sich dem Reichstag gegenüber durchzusetzen und keine Zeit mehr für die dringend notwendigen Maßnahmen verstreichen zu lassen. Wenn sich in der Parteiführersitzung herausstellt, daß auch nur ein Bestandteil des Deckungsvorschlages der Reichsregierung in der bevorstehenden Abstimmung des Plenums abgelehnt wird, dann wird die Regierung in einer Erklärung vor dem Reichstag verlangen, daß das Steuer- und Agrarprogramm miteinander verbunden und als Ganzes entweder vom Reichstag angenommen oder abgelehnt wird. Der Reichstag wird sich darüber zu entscheiden haben, ob er das notwendige Verantwortungsgefühl aufbringt, daß die Sanierung der Finanzen auf parlamentarischem Wege durchgeführt und der bedrängten Landwirtschaft sofort geholfen wird.

Wenn der Reichstag den Weg zu dieser Verantwortung nicht findet, dann wird der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als an das Volk zu appellieren. Daß die Regierung in diesem Falle entschlossen ist, von den Vollmachten Gebrauch zu machen, die ihr vom Reichspräsidenten gegeben sind, und die sie in den Händen hält, steht außer allem Zweifel. Es wird sich demnach morgen oder übermorgen entscheiden, was geschieht und was für ein Schicksal der

Reichstag selber haben wird. In parlamentarischen Kreisen rechnet man jedoch sehr stark damit, daß die Regierung für sämtliche Maßnahmen eine Mehrheit findet.

Einigung der Regierungsparteien über die Deckungsvorlage

Berlin, 9. April. Das Reichskabinett hat heute abend wieder mehrere Stunden mit den Parteiführern verhandelt. Gegen 9 Uhr abends führten die Beratungen zu dem Ergebnis, daß zwischen allen Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei eine Einigung über das Deckungsprogramm zustande kam. Die anderen Parteien waren der Bayerischen Volkspartei entgegenkommend, indem sie die Biersteuererhöhung statt der ursprünglichen 75 Prozent auf 50 Prozent begrenzten

mit der weiteren Beschränkung, daß die kleineren Betriebe mit einer Jahresproduktion bis zu 10 000 Hl. von der Biersteuererhöhung freibleiben sollen. Die Bayerische Volkspartei hielt aber an ihrem Standpunkt fest. Sie wollte im schlimmsten Falle 30 Prozent bewilligen. Die Fraktion ist nach der Besprechung des Kabinetts noch zu einer Sitzung zusammengetreten, um ihre endgültige Entscheidung zu fällen. Auf alle Fälle werden die übrigen Regierungsparteien morgen im Reichstage das Kompromiß in Form eines Initiativgesetzes einbringen. Es sieht außer der 50prozentigen Erhöhung der Biersteuer eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent und für Umzüge über 1 Million einen Sonderzuschlag von 50 Prozent vor, so daß also die Umsatzsteuer für Warenhäuser 1,35 Proz. beträgt. Die Tabaksteuervorlage wird in das Initiativgesetz in der Form hineingetragen, daß der Verwaltungsbeitrag nicht 1 Prozent, sondern 1/2 Prozent ausmacht. Ferner wird die Mineralwassersteuer wieder hergestellt und gewisse Ermäßigungen, die beim Petroleumzoll in Aussicht genommen worden waren, fallen fort.

Nach den Berechnungen der Finanzfachverständigen ist damit das Defizit des Reichshaushaltes gedeckt. Die Biersteuererhöhung soll 148 Millionen erbringen, wovon 93,2 Millionen auf das Reich und 54,8 Millionen auf die Länder entfallen. Bei der allgemeinen Umsatzsteuer wird mit einem Mehrertrag von 110 Millionen gerechnet, wovon 77 Millionen für das Reich und 33 Millionen für die Länder bestimmt sind. Aus der Warenhaussteuer werden 27 Millionen erwartet. Davon entfallen 19 Millionen auf das Reich und 8 Millionen auf die Länder. Insgesamt wird mit einem Ertrage von 532 Millionen gerechnet, davon für das Reich 356,2 und für die Länder 175,8 Millionen Mark. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Abstimmung am Schlusse der zweiten Lesung der Deckungsvorlage bereits morgen abend erfolgen wird. Die Haltung der Deutschnationalen wird nach der Ansicht parlamentarischer Kreise mit davon abhängen, ob es gelingt, zunächst einmal innerhalb der Regierungsparteien eine einheitliche Front herzustellen, d. h. also, die Bayer. Volkspartei zur Unterstützung des Finanzprogramms zu bewegen. Auf der Fraktion der Bayerischen Volkspartei ruht nach der Ansicht der anderen Regierungsparteien eine schwere Verantwortung, weil es von ihr abhängt, ob der Reichstag doch schließlich aufgelöst werden muß, oder ob die Regierung ihre Arbeit ohne Störungen fortsetzen kann. Es ist anzunehmen, daß diese Erwägung bei den Beratungen der Bayerischen Volkspartei eine erhebliche Rolle spielen wird. Die dritte Lesung der Finanzvorlage wird, wenn die morgige Abstimmung keine Mehrheit ergibt, voraussichtlich am Samstag stattfinden. Am Freitag würde die erste Lesung der Agrarvorlage zwischengehoben werden. Sie könnte dann am Montag und Dienstag beendet werden, so daß das Deckungs- und das Agrarprogramm also noch vor Ostern geregelt sein würde.

DiETRICH vor den Industriellen

Reichswirtschaftsminister Dietrich vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag

Berlin, 9. April. Reichsminister und Vizeminister Dietrich besuchte den Industrie- und Handelstag im Auftrage der Reichsregierung. Der Minister wies darauf hin, daß sich augenblicklich eine starke wirtschaftliche Depression mit einer politischen Krise verbinde. Zur Frage der Steuerreform erklärte er u. a.: Ich bin der Meinung, daß wir zu einer sicheren und dauernden Senkung der direkten Steuern und insbesondere der Realsteuern nur dann kommen können, wenn die Besteuerung des erheblichen Konsums ausreichend ausgebaut ist. Der Tabak wird in Zukunft zusammen mit dem darauf ruhenden Zoll allein min-

destens 1,25 Milliarden hergeben müssen. Das vorige Kabinett ist gescheitert an der Dogma, daß der heutige Stand der Arbeitslosenversicherung unantastbar sei. Wir behandeln zurzeit die Erwerbslosentfrage in der Weise, daß wir den Arbeitslosen gegen Hunger und Not zu schützen suchen. Diese Methode ist naturgemäß unentbehrlich, aber viel wichtiger als die Behandlung der Symptome ist die Untersuchung und die Erkenntnis der Ursachen. Ein Teil der Arbeitslosigkeit ist die Folge des Systems der Arbeitslosenversicherung. Indirekt aber ist entscheidend für die Lösung der ganzen Frage die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Der Minister vertrat sich dann ausführlich über den Schutz und die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft, wobei er betonte, daß durch die letzte Zollnovelle

nom 28. März ein Schutz der inländischen Körnerproduktion erreicht sei und daß, wenn die gestern getroffene Vereinbarung unter den Regierungsparteien zur Ausführung kommt, auf diesem Gebiete nicht mehr allzu viel zu tun sein werde. Die Ermächtigung, die die Reichsregierung bekommen soll, die Zölle im Bedarfsfalle zu erhöhen, aber auch herabzusetzen, könne nur nach dem Zweck haben, dann einzugreifen, wenn die in den Hauptproduktionsländern aufgestapelten Getreidemengen planlos und unter Vernichtung aller vernünftigen Preisgestaltung eines Tages auf den Weltmarkt geworfen werden sollen. Das Entscheidende ist aber, daß der Hauptdruck da angelegt wird, wo wir die größten Zufuhren haben, die wir weitgehend durch Inlandsproduktion zu ersetzen imstande wären. Diese Aufgabe ist erschwert durch den Gegensatz zwischen den Interessen des deutschen Ostens einerseits und des Westens und Südens andererseits. Der Osten ist angewiesen auf Körnerbau und Kartoffeln, der Westen aber und der Süden ist die Stätte jener Veredelungsproduktion, die umso mehr gepflegt werden sollte, als die menschliche Ernährung vom Brot- und Kartoffelverbrauch abgeht und sich immer stärker dem Verbrauch von Gemüse, Obst, Eiern, Butter, Käse, Fleisch usw. zuwendet. Ein Ausgleich dieser Interessen ist nur möglich, wenn man einen Weg findet, die Produktion des Ostens zu schützen, ohne gleichzeitig die Produktion im Westen und Süden allzu sehr zu verteuern. Hier liegt das Interesse der Gesamtwirtschaft entscheidend ein. Die Agrarpolitik darf nicht so getrieben werden, daß sie uns die Teilnahme an einer allgemeinen Preislenkung unmöglich macht und zum anderen nicht so, daß die Voraussetzung der bestehenden Handelsverträge und den Abschluß neuer Verträge unmöglich macht.

Im Vordergrund des Interesses steht hier das handelspolitische Verhältnis zu Polen. Die Sorge, daß der mit Polen geschlossene Vertrag nicht ratifiziert werden könnte, scheint wenig begründet. Es sind heute morgen falsche Meldungen in der Presse verbreitet, wonach schon dann der bisherige Schweinezoll auf 36 RM. erhöht werden soll, wenn der Preis am Berliner Markt während zweier Wochen unter 75 RM. pro 100 Pfund sinkt. Die wirkliche Fassung ist aber folgende: Ist der Preis am Berliner Markt für Schweine der Klasse C im Durchschnitt zweier Wochen niedriger als 75 RM. je Zentner Lebendgewicht, so erhöht sich der Zoll für Schweine um 50 v. H., bis der Preis am Berliner Markt für Schweine der Klasse C im Durchschnitt zweier Wochen, vom Tage des Inkrafttretens des erhöhten Zolls an gerechnet, 85 RM. je Zentner Lebendgewicht erreicht. Die Abänderung der Zollsätze ist durch den Reichsfinanzminister jeweils mit Wirkung vom zehnten Tage nach der letzten, vorstehend genannten Notierung in Kraft zu setzen. Falls durch Steigen der Einfuhr der Preis der deutschen Schweine auf dem deutschen Markt gedrückt wird, ist die Reichsregierung ermächtigt, den Zoll für lebende Schweine bis auf 36 RM. für den Doppelzentner Lebendgewicht heraufzusetzen. Die Reichsregierung ist ermächtigt, den Zoll wieder herabzusetzen.

Hieraus dürfte eine ernsthafte Schwierigkeit für die Annahme und für die Ausführung des Vertrages, in dem die Uebernahme des Schweinekontingents vom Reichsverband der deutschen Industrie garantiert ist, nicht entstehen. Ich sehe diese politische Frage in dem großen Zusammenhang der europäischen Verständigung überhaupt und der Handelsbeziehungen nach dem Osten und Südosten im besonderen. Die Hauptmasse der Importwaren führen wir ein in Konkurrenz mit unserer eigenen Produktion und außerdem wären diese Artikel in den europäischen Ost- und Südoststaaten zu haben, die bei uns in der Regel ebenso oder meistens mehr kaufen, als wir bei ihnen. Dagegen schaden uns die Vereinigten Staaten, Argentinien, Kanada und Australien vornehmlich ihre agrarischen Ueberflüsse, aber sie sind nicht willens, bei uns dafür einzukaufen. Aus alledem ergibt sich der Schluß, daß bei allem Willen, unsere Beziehungen zur Gesamtwirtschaft aufrechtzuerhalten, die Ordnung unserer Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten eine vorrangige und vielleicht die wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik ist. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Ordnung unseres Verhältnisses zu Polen als dem wichtigsten und größten neuen Staat des Ostens ein ganz besonderes Gewicht. Ich schließt sich an die Frage der Verständigung mit Rumänien.

Wenn man sich die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten Jahren ansieht, dann muß man sagen, daß Industrie und Handel eine gewaltige Leistung vollbracht haben. Die Ausfuhr ist seit 1925 um mehr als 4 Milliarden, das sind 60 Prozent, in den Jahren 1928 und 1929 allein um 2,5 Milliarden gestiegen. Ich glaube daher, daß man trotz der Schwere der Zeit und der Krise der Wirtschaft den Glauben an die Zukunft nicht verlieren darf. Das schlimmste, woran wir leiden, ist eine gewisse Vertrauenskrise, die nicht zum wenigsten von uns selbst verschuldet ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß die unerhörte Steuerlast, die trotz des neuen Planes nicht sofort abgebaut werden kann, eine Hauptschuld an den mangelnden Kapitalverhältnissen in Deutschland trägt. Unverantwortlich aber und nicht schuld an den Schwierigkeiten waren die Unkenrufe, die da und dort ertönten und fortgesetzt den deutschen Staatsbürgern vorerzählten, die deutsche Währung sei in Gefahr. Mit Genugtuung und Freude kann ich feststellen, daß man in weitesten Kreisen der Wirtschaft in heutigem Maße erkennt, daß der Kampf um die Wirtschaft nicht geführt werden kann, ohne den Kampf um den Staat.



Die Entkäufe der Stadt Berlin

Oberbürgermeister Böh wird vernommen

Berlin, 8. April. Im Untersuchungsausschuss des Landtages zur Prüfung der Wirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung wurde Oberbürgermeister Böh vernommen, der jedoch über die Tatsache der Einschaltung der Gewerkschaft Hildebrand nichts aussagen konnte. Den Preisunterschied zwischen dem Angebot der Siemens'schen Erben und dem späteren Vertragsabschluss mit der Gewerkschaft führte er auf die allgemeine Preissteigerung für in der Nähe Berlins gelegene Grundstücke zurück. Damals habe die Bodenbewegung den Preisen einen starken Auftrieb gegeben, jedoch Preissteigerungen um mehrere hundert Prozent keine Seltenheit waren. Auch das Besondere Lichtdrama habe zum Kauf gedrängt, weil im Osten Berlins zu wenig Siedlungsmöglichkeiten vorhanden waren. Auf die Frage, ob in Zusammenhang mit dem Kauf des Gutes Biesdorf irgendwelche Mittel für Zwecke der Berliner Festspielwoche abgewandt worden seien, erwiderte Oberbürgermeister Böh, er glaube mit Bestimmtheit sagen zu können, daß das nicht der Fall gewesen sei.

Nach der Aussage des Bürgermeisters Dr. Siedel vom Bezirksamt Lichterberg wurde in nichtöffentlicher Sitzung beschloffen, den Zeugen Siedel vor seinen weiteren Aussagen zu verweigern. Siedel ist der erste Zeuge, der verweigert wurde. Er blieb auch jetzt dabei, daß er bei dem Biesdorfer Geschäft mehrere hunderttausend Mark verloren habe. Der Zeuge stellte entschieden in Abrede, von der Kaufabsicht der Stadt Berlin gehört zu haben. Andererseits gab er zu, die für den Kauf erforderlichen 4,5 Millionen nicht besitzen zu haben. Er habe die Kaufsumme nicht einhalten können und infolgedessen habe der ursprünglichen 4,5 Millionen etwa 5 Millionen zahlen müssen. Einen Beweis für seine Behauptung konnte der Zeuge nicht antreten. Der Zeuge Wallfins, der von Herrn v. Siemens den Auftrag erhalten hat, das Gut Biesdorf zu verkaufen, erklärte, die Gewerkschaft Hildebrand sei nur deshalb eingeschoben worden, weil von Siemens und Siedel nicht genannt sein wollten. Er gab zu an dem Geschäft insgesamt 300 000 Mark an Provisionen usw. verdient zu haben. Stadtrat Busch habe er seit langer Zeit persönlich gekannt. Der Zeuge Siedel, der während der Vernehmung Wallfins im Saal gestanden war, gab auf Befragen nach zu, im Juli 1927 einen Offenbarungseid geleistet zu haben. Ein halbes Jahr später erhielt er von der Stadtbank einen Kredit von etwa 3,5 Millionen Mark.

Die Trauerfeier in Rom

Die Trauerfeier für die Königin von Schweden

Rom, 9. April. Für die verewigte Königin von Schweden fand heute vormittag um 10 Uhr in der hiesigen deutschen evangelischen Kirche eine feierliche Todesandacht statt. Die Gedächtnisandacht hielt ein schwedischer Geistlicher, während der deutsche Pfarrer von Kallendorn-Stachau das Gebet sprach. Tief ergriffen folgte König Gustav von Schweden der stimmungsvollen Feier, an der auch der König von Spanien, Ministerpräsident Mussolini und sämtliche Minister der italienischen Regierung, der Prinz von Hessen, die Prinzessin von Baden, die kaiserliche Familie Büchsenberg, der deutsche Botschafter von Reutskotz mit sämtlichen Mitgliedern der Botschaft teilnahmen.

Der Leichenkondukt der Königin von Schweden

Berlin, 9. April. Der Sonderzug mit den kaiserlichen Ueberresten der Königin von Schweden trifft aus Rom am Donnerstag vormittag in Kassel ein und wird sofort nach Schweinfurt weitergeleitet. Im Schweinfurter Hafen kommt er am gleichen Tage um 2.50 Uhr an. Während des kurzen Aufenthaltes findet, einem Wunsch des Königs Gustavs entsprechend, keine Begräbnisfeier durch Behörden statt, ebenso nicht in Berlin, wo nur ein Hof an der Potsdamer Straße berührt wird. Die Ueberführung des Sarges vom Bahnhof Schweinfurt auf ein schwedisches Kriegsschiff erfolgt unmittelbar nach dem Eintreffen, und die Kriegsschiffe fahren noch in derselben Nacht ab. Im Benehmen mit den schwedischen Kriegsschiffen wird ein Trauerfalut abgesetzt. Im Auftrage des Reichspräsidenten und der Reichsregierung legt die deutsche Gesandtschaft in Stockholm Kränze am Sarge nieder.

Spione auf See

Roman von Edwin Demel

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW. 6

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Der ist erledigt“, meinte gleichmütig der Maschinenmann. „Der hat genug und wird sicher keinen Ueberfall mehr vornehmen. Darf ich bitten, sich zurückzuziehen. Wir werden die Pforte öffnen.“

Das Geräusch wurde weggeräumt, die Tür aufgesperrt und einige Minuten später fanden wir draußen. Der Korridor war durch einige Lampen von geringer Lichtstärke nur schwach erhellt.

„Dort ist der zweite Aufstieg“, flüsterte uns der Ingenieur zu. „Dort sind sicher mehrere Posten. Gehen Sie also acht.“

Bei diesen Worten hob er das Gewehr des Ertrunkenen auf, der gleich einem Sack in der Tür hing.

„Ich bin ein ziemlich guter Schütze“, fuhr er fort, „und werde mir dabei diese Waffe nehmen, weil ich voraussetzungslos von den Herren an dem besten damit umzugehen vermag.“

Wir erhoben keinen Einspruch und einer der Maschinenisten bewaffnete sich nun mit dem Revolver und dem Dolch des Toten.

„Sechs Mann haben Feuerwaffen“, jagte der Kapitän, „diese also voraus, der Ueberfall muß klugartig vor sich gehen, damit sie nicht zur Besinnung kommen. Die Ueberwaffneten nehmen den Toten die Feuerwaffen ab und besetzen die Aufgänge zum Deck, während wir den Eingekerkerten zu Hilfe kommen. Vorwärts, meine Herren, jetzt gilt es.“

Gefolgt vom gesamten Maschinenpersonal rückten wir vorsichtig vor. So kamen wir nach kürzester Zeit zum Ausgang, wo wir an der Ecke Halt machten. Der Kapitän lugte um die Ecke und fuhr dann hastig zurück, wobei er den Finger auf die Lippen legte, uns Schweigen gebietend. Dann winkte er mir, und ich spähte gleichfalls um die Ecke. Es war ein ganz erfreulicher Anblick, der sich mir bot. Auf den obersten Stufen des Aufstieges sahen zwei Chinesen und schloffen, auf ihren Flinten gestützt, den

Neue Fortschritte Chinas

Von Eduard Klose

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Bürgerkrieg in China im beginnenden Frühjahr wieder eingesetzt. Die alten Feinde Tschiangkai-schek, Fenchuh-pu-siang und Fenchschan haben sich gegen Kanking verbündet und den bisher abwartenden Wupeifu für ihre Sache zu gewinnen vermocht.

Der neue Bürgerkrieg hat damit begonnen, daß Fenchschan eine Gegenregierung in Peking errichtet und alle von Kanking angestellten Beamten der nördlichen Eisenbahnen, der Post und Telegraphie, entlassen hat. Zugleich ist ein Vorstoß gegen die Südruppen in Kiangsi unternommen worden. Um sein Vorgehen zu rechtfertigen, hat Yen im Verein mit Feng eine Botschaft erlassen, in der Tschiangkai-schek als Feind des Vaterlandes hingestellt wird und der Kankinger Regierung schwere Vorwürfe gemacht werden. Mag manches darin auch vielleicht einer gewissen Berechtigung nicht entbehren, so steht doch fest, daß Kanking in seiner außenpolitischen Tätigkeit während der Winter-ruhe recht beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen hatte.

Zwei Ereignisse charakterisieren vor allem die Besserung der Lage im Reiche der Mitte. Das eine ist die Rückgabe des englischen Pachtgebietes Weihaiwei an China, das andere die Loslösung des chinesischen Gerichtshofes in der internationalen Niederlassung in Shanghai von dem Gemischten Gerichtshofe, von dem bisher auch über Chinesen Fälle gesprochen wurde. Die Bemühungen der Regierung von Kanking gingen dahin, das Gericht in Shanghai rein chinesisch zu machen und den Einfluß des Shanghaier internationalen Stadtrates völlig auszuschalten. Jetzt endlich sind diese Bemühungen von Erfolg gekrönt worden. Ende Januar wurde ein Abkommen unterzeichnet, das den rein chinesischen Charakter des Shanghaier Gerichts betont, die fremden Beisitzer beseitigt und die Kontrolle durch das Konsularkorps aufhebt. Somit unterliegen jetzt alle in der internationalen Niederlassung wohnenden Chinesen der chinesischen Gerichtsbarkeit.

Man kann den jetzt vom chinesischen Minister des Auswärtigen und dem englischen Gesandten paraphierten Vertrag über die Rückerstattung des Pachtgebietes Weihaiwei wohl mit Recht als ersten Schritt zur Rückgabe aller Pachtgebiete an China bezeichnen. England hat deren zwei im Besitz, Weihaiwei, das 1898 als „Komenstation“ für die Verpackung von Kohlen an Kanking und Kiangtong an England auf der angrenzenden Festlands- und Inselgebiete. Die Zahl der Chinesen, die Kanking bewohnen, beträgt 300 000. Während England nicht daran denkt, Kiangtong an China zurückzugeben, da es bereits 1842 durch ordentlichen Staatsvertrag in seinen Besitz kam, ist Kanking, wenigstens das erweiterte, unzweifelhaft ein Pachtgebiet, dessen Rückgabe China fordern kann und wird. Die Hongkonger Frage dürfte die Kankinger Regierung aus Klugheitsgründen in den nächsten Jahren wohl kaum anschnitten. Dagegen wird sie demnächst zwecks Rückgabe Kwangchowans an Frankreich herantreten. Dieses aus einer Stadt, einer Bucht und einem Landbezirk bestehende Territorium gegenüber der Insel Hainan gelangte, ebenso wie Tschungtau und Weihaiwei, im Jahre 1898 auf 99 Jahre pachtweise an Frankreich.

Während sich hier kaum größere Schwierigkeiten ergeben dürften, wird die Rückgabe Kwantungs mit Port Arthur und Dalng bzw. Dairen von Japan nicht leicht zu erlangen sein, da dieses damit sein Tor nach der Südmandschurei schließen würde. Vorläufig will China Dairen dadurch konfiszieren machen, daß es den auf der anderen Seite der Miao-

Schloß des Gerechten. Diese Leute waren offensichtlich nur wenig zu fürchten.

„Wir haben Glück“, flüsterte mir der Kapitän leise, wie ein Hauch, ins Ohr. „Wir können es versuchen, zu vier Mann je zwei auf ein, die Leute unschädlich zu machen. Mehr Angreifer haben da oben nicht Platz und würden einander höchstens hindern. Sie und ich den einen links, Huntington und der Leutnant den rechten.“

Ich nickte, zum Zeichen, daß ich ihn verstand. Dann verständigten wir die anderen beiden Akteure von unserer Abicht. Der Rest wurde durch Zeichen zum Warten bestimmt. Alles war in Ordnung.

Und dann ging es los. Wir schlichen möglichst behut- sam, um die Burken nicht zu wecken, die Treppe empor, bis wir ganz nahe standen. Keiner rührte sich, keiner vernahm etwas, doch muß ich gestehen, daß meine Herzen beinahe unerrätlich gespannt waren. Jeden Augenblick glaubte ich einen emporfahren zu sehen. Doch jetzt war es so weit.

Ein Wink des Kapitäns und alle vier stürzten wir uns lautlos auf die ahnungslos schlafenden. Unser Mann wurde vom Kapitän, der über riesige Kräfte verfügte, mit beiden Fäusten an die Kehle gefaßt, daß er keinen Laut ausstoßen konnte. Zugleich schlug ich ihm den Kolben meiner schweren Pistole derart auf den Kopf, daß sein schreckhaft aufgerissenes Auge jogleich zuckelte. Der Nebenmann gurgelte einigemal heiser und rief seine Dränger nieder. Alle drei polterten die Treppe hinunter, doch ließen die beiden Angreifer nicht los, weshalb er nicht schreien konnte. Wir wollten eben zur Hilfe eilen, als die unten Zurückgelassenen sich hineinmischten und dem Gelben mit einigen wohlgezielten Hieben betäubten. Die beiden wurden nun gebunden und entwaffnet. Jedem ein Knebel zwischen die Zähne gepreßt.

„Jetzt haben wir wieder zwei Gewehre und zwei Revolver mehr“, sagte der Kapitän. Da geht schon. „Kommt her, Burken und bedient Euch.“ Im Nu waren die Waffen verteilt und nun wurde der Aufstieg vorgenommen. Wir schritten den Gang entlang, ohne ein Lebewesen vorzufinden.

„Was soll das heißen?“ flüsterte Huntington mir ins Ohr. „Keiner dieser Halunken ist hier anwesend? Was bedeutet das?“

tungsbucht gelegenen mandchurischen Hafen Julutao in Kürze zu einem modernen Hafen ausbaut. Dem Vernehmen nach will ein niederländisches Syndikat, die Netherlands Harbour Works Company in Amsterdam, den Ausbau des Hafens mit 6,4 Millionen Golddollars finanzieren und zur Ausführung bringen. Auch hier wird mit einem Widerstande Japans gerechnet, das sich seine südmandchurischen Bahnlinien natürlich nicht abdroffeln lassen möchte. Vielleicht stößt sich Japan diesmal hinter England, das an der Anleihe insofern interessiert ist, als deren Rückzahlung in monatlichen Raten von 10 000 Pfund aus den Ueberflüssen der Peiping-Kudan-Bahn erfolgen soll, auf welche die British and Chinese Corporation einen ersten Anspruch hat.

Man sieht, Schwierigkeiten gibt es für China noch die Hülle und Fülle. Doch aber trotz aller Anfeindungen Kankings solche Fortschritte erzielt werden konnten, zeugt von einer großen Tatkraft Tschiangkai-scheks, die auch seine Feinde anerkennen sollten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. April.

Der Reichstag stimmte am Mittwoch ohne Aussprache in allen drei Lesungen dem Pariser Abkommen vom 22. November 1925 über internationale Ausstellungen zu.

Die erste Beratung der Vorlagen zur Vorbereitung der Finanzreform und zur Uebernommungsregelung des Finanzausgleichs wurde fortgesetzt.

Abg. Dr. Borch (S.) führte aus, daß die Angriffe des Abg. Dr. Pieffer gegen den Abgeordneten Wissell seien in Wirklichkeit eine Anerkennung gewesen für die Energie, mit der Wissell als Arbeitsminister die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse verteidigt und ausgebaut habe. Das große Karatprogramm wird sich nicht ohne große Neubelastungen der Reichskasse durchführen lassen. Der Gedankengang, daß innenpolitisch mit der Sozialdemokratie nicht zu arbeiten sei, wird binnen kurzem auch von denen aufgegeben werden müssen, die wegen der Arbeitslosenversicherung die Koalition mit der Sozialdemokratie ausgeben haben.

Reichsfinanzminister Dr. Rosenbauer: Mein Steuererkenntnisprogramm ist sehr vorsichtig angefaßt. Wenn freilich die Sozialdemokraten alle meine Vorlagen ablehnen, dann wird es nicht möglich sein. Eine antisoziale Tendenz liegt uns dabei vollkommen fern. Das Ausgabenlenkungsgebot ist in der Robustföhrung fertig und wird in aller nächster Zeit dem Kabinett vorgelegt werden. Unsere Steuererkenntnisvorläufe werden nicht gemacht, um den reichen Leuten ein Geschenk zu machen. Wenn wir die Kapitalbildung fördern, und den schwer einenden Mittelstand entlasten, dann schaffen wir neue Arbeitsmöglichkeiten, vermindern die Arbeitslosigkeit und wirken damit in durchaus sozialem Geiste.

Abg. Freidel (SPD.): Die Erwerbslosen wollen nicht Geldunterstützung, sondern Arbeit. Wir beantragen, daß von der Arbeitslosenversicherung 50 Millionen abgezogen und als zinslose Zusatzhypotheken gegeben werden. Dadurch würde die Bauwirtschaft ansehnlich werden.

Abg. Schröder-Retzberg (K.) lehnt die Vorlagen ab und beantragt Änderungsanträge zur Arbeitslosenversicherung.

Der auf die Arbeitslosenversicherung bezügliche Teil der Vorlage wird mit den kommunistischen Anträgen dem sozialpolitischen Ausschuss, die übrigen Teile dem Steueraussschuss überwiesen.

Einige Anträge des Verkehrs-ausschusses werden angenommen.

Um 4.45 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Deckungs-vorlagen.

Die Erfahrung lehrt Sie

daß Sie ohne die Schwarzwälder Tageszeitung nicht mehr auskommen können; denn Sie müssen miterleben und mit-hören, was in Ihrer nächsten Umgebung und auf der gesamten Welt sich ereignet.

„Sie vergessen“, sagte ich ziemlich trocken, „daß die Brüder am Deck wahrscheinlich darauf lauern, bis sie uns überfallen können. Die Nacht ist trefflich dazu geeignet. Sie werden sich nicht wenig wundern, wenn wir den Spieß umkehren.“

Mittlerweile näherten wir uns der Kabine, in welcher die Passagiere und die übrigen Mannschaften eingesperrt waren.

„Hier wird es nicht so leicht gehen und Lärm kaum zu vermeiden sein“, sagte er Kapitän, indem er stehen blieb. „Wir müssen uns daher teilen, damit die oben vom Deck nicht herunterkönnen. Wir vier überfallen die Wächter bei der Kabine, alles andere besetzt und verschanzte jogleich den Ausgang. Der Ingenieur hat dort das Kommando. Wir wollen warten, bis sie ungefähr an Ort und Stelle sind. Dann mag der Spektakel losgehen.“

Die erforderlichen Instruktionen wurden leise erteilt. Hierauf entfernten sich der Ingenieur und seine Leute, während wir in aller Stille zurückblieben, bis wir bemerkten, daß sie offenbar ungedeckt über die besetzte Kabine gerade gegenüberliegende Treppe hinaufgeklommen waren.

Dann rückten auch wir vor. Im Lauffschritt und auf den Lebensspitzen erreichten wir die Kabinentür und bemerkten, wie sie noch immer in den Angeln offenstand und daß die drei Wächter mit dem Gesicht nach innen da saßen, uns also den Rücken zuehrend. Sehen konnten sie uns nicht. Andererseits aber schloffen sie auch nicht, sondern unterhielten sich laut mit den Gefangenen. Wir fanden und lauschten.

„Ja“, sagte gerade einer der Passagiere, ein Plantagenbesitzer aus den Strait Settlements, „wenn ich das gewußt hätte, keine zehn Pferde würden mich an Bord dieses ver-dammten Schiffes gebracht haben. Ich Esel hätte nach den ersten Vorfällen schon in Bombay aussteigen sollen. Doch ich wollte mein Geld nicht verlieren und glaubte die Unruhstifter bereits gefangen. Jetzt ist alles zum Teufel, was ich bei mir hatte.“

„Schlecht sein“, bemerkte in mangelhaftem Englisch der eine der Wächter, „Selber sein schuld. Schlechter Doktor, wollen nicht geben Papier, was brauchen Russen. Schlecht sein. Alles tot!“

(Fortsetzung folgt.)



Neues vom Tage

Telegrammwechsel zwischen Dr. Brüning und Dr. Schober

Wien, 9. April. Der deutsche Reichszugler Dr. Brüning hat an Bundeskanzler Dr. Schober folgendes Telegramm gerichtet: Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler, nach meiner Ernennung zum Reichszugler die aufrichtigsten Grüße zu senden und auch namens der neuen Reichsregierung erneut zum Ausdruck zu bringen, wie herzlich und unloslich sich das deutsche Volk mit seinen Brüdern in Oesterreich verbunden fühlt.

Finanzminister Baum teilt nach Berlin

Weimar, 9. April. Wie wir zuverlässig erfahren, wird Finanzminister Baum seine Reise nach Berlin heute antreten, um am Donnerstag mit dem Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Beilegung des Konfliktes zwischen Thüringen und dem Reich zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind schon seit einiger Zeit im Gange und von dem thüringischen Reichsratsdeputierten, Münzel, geführt. Es ist anzunehmen, daß eine Beilegung des Konfliktes keinerlei Schwierigkeiten bieten wird. Das thüringische Kabinett wird sich voraussichtlich am Freitag mit der Angelegenheit befassen.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage

Berlin, 9. April. Dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung für die zweite Märzhälfte zufolge hat sich die Frühjahrsbedeutung auf dem Arbeitsmarkt weiter durchgesetzt und gegenüber der Erleichterung in der ersten Märzhälfte weiter verstärkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. März in der Arbeitslosenversicherung 2 053 387, das bedeutet gegenüber dem 15. März eine Abnahme von 204 326, und in der Krisenunterstützung 293 710, was eine Zunahme von 7298 gegenüber dem 15. März bedeutet. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug mithin nach den Vormerkungen der Landesarbeitsämter am 31. März 2 347 077, d. h. 256 000 mehr als im Vorjahr.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 10. April 1930.

Amthliches. Die Prüfung für Gesangs- und Musiklehrer an höheren Schulen nach der Prüfungsordnung vom 1. Februar 1927 hat u. a. bestanden: Kurt Hoffmann aus Höfen O.A. Neuenbürg.

Belehrt wurde durch das Finanzministerium der Verwaltungsassistent Müller beim Forstamt Ravensburg zum Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Bismarck-Hindenburg-Gedenkmünze. Von der Staatl. Münze Berlin wird eine Medaille mit den Profilbildnissen Bismarck-Hindenburg und der Umschriftung: „Des Deutschen Reiches Begründer und Beschirmer“, nach dem Entwurf Oskar Gledler geprägt. Als besondere Eigenart der Gedenkmünze sind die auf der Rückseite befindlichen 25 Wappen der deutschen Staaten zu erwähnen, die den Spruch: Deutschland, Heimatland, Geht mit harter Hand In tiefer Not, Wartet in den Tod, Ein Ketter Dir erhand. Dank ihnen Vaterland! umrahmen. Die Preise der Gedenkmünzen sind wie folgt festgesetzt: in Fünfmärkstückgröße in Bronze patiniert 3 R.M., Silber 900 f. 6 R.M., Gold 900 f. 10 R.M.; in Zwanzigmärkstückgröße Gold 18 Kar. 25 R.M. Versand erfolgt durch die Zentralwerkstelle Deutscher Gedenkmünzen, Berlin NW 7, Unter den Linden 39.

Neuenbürg, 8. April. Im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis unternahm ein in Untersuchungshaft befindlicher Gefangener von dem benachbarten Schwann einen Selbstmordversuch durch Erhängen. Durch das plötzliche Hinzukommen des Wärters konnte der Selbstmörder nach Wiederbelebungsvorläufen wieder ins Leben zurückgerufen werden. Der Gefangene steht vermutlich im Zusammenhang mit einem dieser Tage im Sägemerkel Rotenbach, wo er in Arbeit stand, verübten schweren Einbruch.

Grundach, 9. April. Der bekannte Gasthof zum „Adler“ ging um die Kaufsumme von 33 000 Mark in die Hände des Schuhmachermeisters Eugen Keppler über. Der Kaufzug erfolgt auf 1. Juni.

Herrenberg, 9. April. (Zum Wechsel in der Geschäftsführung des Sülgauer Fleckviehzuchtverbandes.) Vor wenigen Tagen verließ Tierzuchtinspektor Dr. Walther Herrenberg, um sein neues Amt als Geschäftsführer des Braunviehzuchtverbandes in Hiberach-Niß zu übernehmen. Kur ungern sah man Dr. Walther scheiden, und alle Fleckviehzüchter des Sülgauer Fleckviehzuchtverbandes, zu dem auch das Oberamt Ragold gehört, werden seinen Weggang außerordentlich bedauern, hat er es doch verstanden, sich rasch das Vertrauen und die Wertschätzung der Fleckviehzüchter zu erwerben. Die besten Wünsche begleiten ihn und seine Familie in sein neues Tätigkeitsgebiet. — Der Nachfolger, Landesökonomierat Dr. Dobler, hat die Geschäftsführung des Sülgauer Verbandes bereits übernommen. Er war zehn Jahre lang Geschäftsführer des württ. Braunviehzuchtverbandes. Ihm geht ein ausgezeichneter Ruf als Zuchtleiter voraus. Es war ihm verpönt, zweimal auf D.L.G.-Ausstellungen für seinen Verband die höchste Auszeichnung, den Max Cohn-Preis, zu erringen. Das „Waldfleier Tagblatt“ widmet Herrn Dr. Dobler zu seinem Abschied warme Worte des Dankes und der Anerkennung für seine erspriehliche, von vielen Erfolgen gekrönte Tätigkeit im Württ. Braunviehzuchtverband.

Oberndorf a. N., 9. April. („Kampf dem Krebs“.) In einem gestern abend im Schützenloale gehaltenen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema: „Kampf dem Krebs“, von Dr. med. Wetterer (Mannheim), Spezialist auf dem Gebiete der Krebsforschung und -bekämpfung, führte der Referent in freier Rede seine zahlreichen Zuhörer in eine Fülle des Interessanten. In der Einleitung seiner groß angelegten, auf wissenschaftlicher Grundlage der naturwissenschaftlichen Ausführungen beschränkt der Redner das Gebiet der Richtung Galens. Dr. Wetterer

bewies die Bestätigung des alten Wortes: „Die Natur heilt die Schäden der Natur“. Als die wertvollste Hilfe im Kampf gegen Tuberkulose und Krebs ist die Bestrahlung durch Sonne, Röntgen und Radium anzusprechen. Mit Begeisterung wurde von dem hohen Wert der modernen Radiumtherapie als der großen Kraft, der indirekten Heilkraft, gesprochen und in überzeugender Weise der Nachweis für die Richtigkeiten geliefert. Der wissenschaftliche Aufbau der ungeheuren Gebrechen wurde zuerst aufgezeigt. Sehr interessant war die Krebszelle und die Schädigungsvorgang, der an den Bildern deutlich zu erkennen war. Im zweiten Teil der 2 1/2stündigen Ausführungen wurden die Hautkreise, ihre Heilungsmöglichkeiten (96%) und Verhütung behandelt. Der Redner hielt in seiner Vortragweise die Zuhörer im Banne. Auch auf dem rein wissenschaftlichen Gebiete folgten sie ihm in atemloser Spannung.

Beuron, 10. April. Bei einer Kahnfahrt auf der Donau erkrankte gestern der aus Herdwangen O.A. Pfullendorf gebürtige 22jährige Lämmle, dessen Klosternamen Bruder Bruno ist. Vermutlich geriet er mit einem Boot in einen Strudel, so daß es umkippte und in ein Wehr getrieben wurde.

Stuttgart, 9. April. (Kraftposten bis Tübingen.) Vom 12. April 1930 an werden auf der Kraftpostlinie Stuttgart-Tübingen zwei weitere Fahrtenpaare mit verkürzter Fahrtdauer ausgeführt. Bei den neuen Fahrten, die der unmittelbaren Verbindung zwischen Stuttgart und Tübingen dienen, wird an den Unterwegsorten nicht angehalten. Die bisherige Sonntagsfahrt Stuttgart-Waldenbuch und zurück wird bis Tübingen ausgedehnt.

Erholungsheime. Die Krieger-Erholungsheime des Württ. Kriegerbundes in Herrenalsh und Bad Niedernau werden am 17. Mai wieder geöffnet. Aufgenommen werden in der Regel erholungsbedürftige württembergische Kriegsteilnehmer an dem Kriege 1914/18 und an den vor diesem Zeitpunkt geführten Feldzügen, wobei Kriegsschadigte den Vorrang erhalten.

Keutlingen, 9. April. (Der „Mercedes“ auf Schienen.) Schon wiederholt konnte man zwischen Keutlingen und Station Lichtstein ein neuartiges Fahrzeug auf Versuchsfahrten beobachten. An Stelle der früheren Drahtseilbahn hat die Firma Daimler-Benz für die Reichsbahnverwaltung einen Mercedeswagen konstruiert, der es ermöglicht, etwa sechs Personen zu befördern und auf den Schienen große Kontrollstrecken zurückzulegen. Selbst die Honauer Steige wird mit der neuen Maschine auf dem Gleis ohne Zahnrad bezwungen.

Blüderhausen, 9. April. (Zwangsvorsteigerung.) Bei der Zwangsvorsteigerung der Lederfabrik Günzler hat die Genossenschaftsbank Blüderhausen, die an der in Konkurs geratenen Firma mit 110 000 R.M. interessiert ist, das Grundstück um 41 000 R.M. ersteigert. Der Vorkriegswert des Anwesens war 183 000 R.M.

Göppingen, 9. April. (Todesfall.) Gestern früh erlag der seit einigen Jahren hier im Ruhestand lebende, 71 Jahre alte Bezirksnotar Gustav Böhlinger einem Schlaganfall. Er war mehr als 40 Jahre in seiner Vaterstadt als händischer und staatlicher Beamter tätig, zuletzt als Grundbuchbeamter und Bezirksnotar.

Reichherghausen O.A. Göppingen, 9. April. (Ein Kind überfahren.) Abends wurde hier die 7jährige Tochter Helene der Familie Unterlehner von einem Göppinger Auto angefahren und verletzt, so daß es in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Geislingen a. St., 9. April. (Schwerer Unfall.) Montag abend sprang in Kuchen in der Hauptstraße am Ortseingang ein Hund in ein Auto, das aus der Fahrbahn kam und sich überschlug. Im Wagen befanden sich Frau Pfarrer Gerol aus Bad Ikerlingen und ihr Dienstmädchen, die nach Tübingen überbedeln wollten und auf der Fahrt dorthin begriffen waren; sie erlitten Verletzungen, die ihre sofortige Ueberführung ins hiesige Bezirkskrankenhaus nötig machten. Der Führer kam mit geringen Verletzungen davon, ein weiterer Insasse blieb unverletzt.

Schwenningen a. N., 9. April. (Besuch.) Wirtschaftsminister Dr. Maier stattete am Dienstag in Begleitung von Regierungsrat Dr. Schiller der Stadt einen Besuch ab, um das Wirtschaftsleben der Stadt persönlich kennenzulernen. Bei einem Zusammensein von Vertretern des Gemeinderats sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen begrüßte der stellvertretende Stadtvorstand, Gemeinderat Matthias Fleig, den Minister, der in einer Ansprache die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart behandelte.

Ebingen, 9. April. (Kreuzottern.) Die warmen Tage lockten auch schon die Schlangen an die Oberfläche. So fing man am Montag drei dieser giftigen Reptilien und lieferte sie auf der Stadtpflege ab.

Friedrichshafen, 9. April. (Die nächste Zeppelinfahrt.) Die nächste Fahrt des „Graf Zeppelin“ findet am kommenden Samstag statt und wird als erste Passagierfahrt der Hapag in die Schweiz ausgeführt werden.

Württ. Städtetag

Stuttgart, 9. April. Der Vorstand des Württ. Städtetags hat sich in einer Sitzung noch einmal mit dem Gesetzentwurf zur Entlastung leistungsschwacher Gemeinden, wie er aus den Beratungen des Landtags in erster und zweiter Lesung hervorgegangen ist, befaßt. Obwohl der neue Entwurf gegenüber dem ursprünglichen wichtige Verbesserungen erfahren hat, hält der Vorstand die selbige Lösung für bedenklich. Im Interesse einer gerechten Auswirkung hätte er gewünscht, daß der Staat sich dazu entschließen hätte, den leistungsschwachen Gemeinden durch vermehrte Uebernahme der Volksschulaffen und Wegebauarbeiten unter die Arme zu greifen. Vom Kultusministerium zur Stellungnahme zu der Frage der Verlegung des Schuljahresbeginns und zu der Frage einer anderen Einteilung der Schulferien aufgefordert, äußert sich der Vorstand dahin, daß einseitlich für alle

Schulgattungen an dem Frühjahrs-Beginn festgehalten und daß die Schulferien am zweckmäßigsten in folgender Weise verteilt werden sollten: 6 Wochen Sommerferien (in der heißesten Zeit des Jahres), je 14 Tage Weihnachts- und Osterferien und 8 Tage Herbstferien (gegen Ende Oktober), wobei selbstverständlich wie bisher die örtlichen Wünsche und Bedürfnisse der Wirtschaft, in rein ländlichen Gemeinden speziell die Wünsche der Landwirtschaft, zu berücksichtigen sind. Weiter spricht der Vorstand einmütig den Wunsch aus, daß die Beiträge des Staats zu den Kosten der Unterhaltung von Straßen und die Beiträge der Zentralfasse für das Feuerlöschwesen zu den Kosten der Erweiterung von Wasserwerkungsanlagen künftig nach gleichen Grundätzen gewährt und die bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Für den Anlay von Bergnütungssteuer bei Zirkusunternehmungen und ähnlichen Veranstaltungen eine Einheitlichkeit herbeizuführen, erscheint dem Vorstand bei der Verschiedenheit der Verhältnisse unmöglich, er begnügt sich mit der Empfehlung eines Mindeststeuerfußes, der in Anwendung gebracht werden soll.

Die Württ. Landesparkasse 1929

Der Umsatz der Hauptkasse hat im vergangenen Jahr 960 Millionen RM. umfaßt gegenüber 947 Millionen im Vorjahr. Der Sparverkehr lieferte folgende Ergebnisse: Eingelegt wurden 30 290 112 RM., abgehoben 21 596 538 RM. An Zinsen wurden 3 548 933 gutgeschrieben. Der Ueberschuß der Einlagen einschließlich der Zinsgutschriften über die Rückzahlungen hat 12,2 Millionen RM. betragen gegenüber 13,6 Millionen im Vorjahr; er ist also um etwa 10 Prozent kleiner als im Vorjahr, was dem Durchschnittsergebnis sämtlicher deutschen Sparkassen entspricht. Der gesamte Bestand an Reichsmark-Spareinlagen ist damit im Jahre 1929 von 46 auf 68,2 Millionen RM. angewachsen. Die Zahl der neuen Sparer hat sich im verfloßenen Jahre von 68 776 auf 82 139 erhöht. Die Bevölkerung in Groß-Stuttgart war mit über 60 Prozent an dem Einlageverkehr beteiligt, gegenüber etwas über 34 Prozent im Jahre 1913. Die gesamten Einlagen im Spar-, Depositen- und Giroverkehr haben Ende 1929 rund 75 Millionen RM. und einschließlich der aufgewerteten Spareinlagen 109,6 Millionen RM. betragen. Die Aufstellungen verteilen sich auf alle Berufsstände und aufs ganze Land. Es sind in 4236 Posten gewährt an: Handel und Industrie 13,9, Mittel- und Kleingewerbe 16,1, Landwirtschaft 6,1, Beamte, Angestellte und Arbeiter 4,2, Genossenschaften, Vereine 1,2, Sonstige 0,6 Millionen RM. Von diesen Darlehen entfallen 17,6 Millionen RM. auf Stuttgart und 23,7 Millionen RM. auf das übrige Land Württemberg. 8 225 000 RM. in 1236 Posten sind für Bauzwecke ausgeteilt. Von den Gemeindepflichten in Höhe von 12,04 Millionen RM. fanden 4,6 Millionen Verwendung für den Wohnungsbau.

Die genaue Berechnung der aufzuwertenden Sparguthaben wurde im vergangenen Jahre beendet. Für die Aufwertung verbleiben 307 414 Sparkonten. Diese weisen bei einem Aufwertungssatz von 16 Prozent des Goldmarkbetrages ein Aufwertungsguthaben von 29 902 400 RM. auf. Hierzu kommen 3 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1928 an, so daß auf 1. Januar 1932 berechnet die gesamte Aufwertungsverpflichtung der Landesparkasse etwa 34 Millionen RM. beträgt. Ausbehalten wurden bis Ende des Berichtsjahres einschließlich der Härtefälle in 106 348 Posten 5,7 Millionen RM. Von dem Reingewinn von 433 542 RM. ist der Betrag von 100 000 RM. dem Pensionsfonds überwiesen und der Rest dem Vermögensüberschuß zugeführt worden, der damit die Höhe von 2,76 Millionen RM. erreicht hat.

Aus dem Gerichtssaal

Schwere Beschimpfung der Justiz- und Finanzverwaltung
Stuttgart, 9. April. Realische Vernunft und Anstand außer Acht lassend, wandte sich der 54 Jahre alte Kaufmann A. Häberle von Stuttgart in Wort und Schrift gegen die Justiz- und Finanzverwaltung, da er meinte, es sei ihm in einer Reihe von Prozessen, bei denen er den größten Teil seines Vermögens verloren hatte, großes Unrecht widerfahren. Von den Richtern sprach er nur noch als von Schmutzflinten, Lausbuben und in anderen derartigen Ausdrücken, von uniformierten Verbrechern und vom Stuttgarter Justizpalast als der größten staatlich geschildeten Verbrecherhöhle, die zugleich die größte Karrenhalle der Welt sei. Wegen dieser schweren Beschimpfungen hatte er sich jetzt zusammen mit dem 33 Jahre alten Kaufmann Max Adrion von Stuttgart und dem 37 Jahre alten Schriftleiter einer Kampfschrift Dr. Josef Geiger von Stuttgart unter der Anklage der öffentlichen Beleidigung in letztjähriger Sitzung vor dem Erweiterten Schöffengericht in Stuttgart zu verantworten, wo der Angeklagte Häberle zu der Gefängnisstrafe von 6 Monaten, der Angeklagte Adrion zu der Gefängnisstrafe von 300 Mark verurteilt wurden. Der Vertreter der Anklage hatte gegen Häberle eine Gesamtschöffensstrafe von 1 Jahr, gegen Adrion eine solche von 4 Monaten und gegen Dr. Geiger eine Geldstrafe von 800 Mark beantragt.

Verbotene Klausur zur Sammlung von Unterstützungsgebern für entlassene Strafgefangene

Reitsia, 8. April. Das Reichsgericht hat jetzt durch Verwerfung der Revision des Staatsanwaltes das freisprechende Urteil des Schwurgerichts Stuttgart vom 9. November 1929 bestätigt, vor dem sich der frühere Geschäftsführer Bruno Schreiner der „Roten Hilfe“ für Württemberg eines Prozeßvergehens gegen die Bekanntmachung über die Volksabstimmungsfrage vom 15. Februar 1927 zu verantworten hatte. Es handelt sich hier um Veröffentlichungen, insbesondere auch um ebaen in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart erschienenen Aufruf an die Genossen zur Sammlung von Spenden für die Unterstützung entlassener politischer Gefangener, die in dieser Form nicht ohne behördliche Erlaubnis hätte erfolgen dürfen. Die endgültige Freisprechung wurde vom erkennenden Senat damit begründet, daß weder ausreichend festgestellt sei, wer eigentlich als Urheber der kranlichen Artikel in Frage komme, noch Schreiner das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt habe.

Handel und Verkehr

Württ.
Ulmer Pferdemarkt vom 8. April. Zutrieb 150 Pferde. Preise für jüngere schwere Pferde 1200—1500, für mittelschwere 900 bis 1200, Fohlen meistwärts 600—800, Schlachtpferde 50—100 R. **Reilbronner Schlachtpferdmarkt vom 9. April.** Zutrieb: 5 Kälber, 53 Aunartinder, 12 Kühe, 94 Kälber, 250 Schweine. Preise:

Bullen a 48-50, b 44-46, Jungkinder a 53-56, b 47-49, Kühe a 32-36, b 24-26, Kälber a 80-82, b 73-75, Schweine a 68-70, b 62-65. Marktverlauf: mäßig belebt.
 Florenzener Schlachthausmarkt vom 7. April. Zufuhr: 7 Ochsen 48-54, 14 Kühe 40-52, 38 Kälber 51-67, 20 Ferkel 48 bis 52, 18 Kälber 74-84, 382 Schweine 68-72. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 11 Stück Großvieh, 13 Schweine.
 Florenzener Pferdemarkt vom 7. April. Zufuhr 91 Pferde, darunter 2 Fohlen. Der Markt war wegen der günstigen Witterung wenig belebt. Schlachtpferde 50-100, leichte Tiere 150 bis 400, mittlere Pferde 500-800, schwere Arbeitspferde 9-1400, beste Tiere über 2000. Handel ziemlich belebt.

Buntes Allerlei

250 Einwohner — 44 Vereine

Eine Vereinsmeierei, wie sie wohl selten vorkommt, besteht in dem Ort Albenach bei Koblenz, wo auf je sechs Einwohner, Säuglinge usw. eingerechnet, ein Verein kommt. In der Gemeinde, die knapp 250 Einwohner zählt, hat sich neuerdings noch ein Reiterverein und ein Motorradklub gebildet, so daß in dem kleinen Gemeinwesen nunmehr 44 Vereine bestehen.

Die Millionärstochter als buddhistische Einsiedlerin

Selten passiert es, daß ein Bettler Millionär wird, aber noch seltener kann sich ein Millionär entschließen, auf die Bequemlichkeiten des Lebens, die ihm sein Reichthum bietet, zu verzichten und sie mit dem Bettelstab zu vertauschen. Ganz phantastisch klingt es, wenn eine junge Frau, die eine bedeutende gesellschaftliche Rolle spielt, sich plötzlich als Einsiedlerin in dem indischen Urwald verbirgt.

Legte Nachrichten

General von Falkenhäusen nicht Nationalsozialist

Dresden, 10. April. Wie die „Dresdener Nachrichten“ mitteilen, entspricht die Meldung des „Völkischen Beobachters“ über den Eintritt des früheren Kommandeurs der

Infanterieschule, General von Falkenhäusen, in die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands nicht den Tatsachen. Dem Blatt ist dieses Dementi aus der Umgebung des Generals zugegangen.

Die Sozialdemokraten für ein Notopfer

Berlin, 10. April. Die Sozialdemokratie wird, wie der „Vorwärts“ meldet, bei der heute in der Vollversammlung des Reichstags beginnenden zweiten Beratung der Steuergesetze den im Steuerauschuß gestellten Antrag auf Erhebung eines Notopfers der Leistungsfähigen wieder einzubringen.

Die Frage der Nummerierung der Polizeibeamten. — Der preussische Innenminister will entscheiden

Berlin, 10. April. Der preussische Minister des Innern hat, wie die „Völkische Zeitung“ erfährt, dem Verband preussischer Polizeibeamten die offizielle Mitteilung zugehen lassen, daß er selbst die Entscheidung über die Frage der Nummerierung der Polizeibeamten zu treffen beabsichtigt. Sämtliche örtlichen Polizeiverwaltungen werden angewiesen werden, in dieser Frage keine Schritte zu unternehmen, bevor der Minister seine Entscheidung getroffen hat. Bereits eingeleitete vorbereitende Maßnahmen örtlicher Polizeiverwaltungen — es handelt sich hauptsächlich um die Berliner Polizeiverwaltung — sind auszusetzen, bis eine einheitliche Regelung getroffen wird.

Annahme des italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrages

Rom, 9. April. Die Kammer hat heute den italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrag in geheimer Abstimmung angenommen. Sämtliche 282 anwesenden Abgeordneten stimmten für den Vertrag.

Bildung einer unabhängigen Gruppe innerhalb der Nationalen Bauernpartei

Bukarest, 8. April. In der Kammer wurde im Namen von 24 besatzarabischen Abgeordneten eine Erklärung verlesen, in der sie ihrer unerschütterlichen Treue gegenüber

dem geeinten Rumänien Ausdruck verleihen, gleichzeitig aber ihre Mißbilligung über den Austritt des Abg. Stere aus der Nationalen Bauernpartei aussprechen. Die Unterzeichner der Erklärung teilen mit, daß sie diesen Austritt nicht anerkennen und eine unabhängige Gruppe im Rahmen der Nationalen Bauernpartei bilden wollen, die jedoch die Regierung bei der Durchführung des Parteiprogramms unterstützen werde.

Wetterliches Wetter für Freitag

Infolge des nördlichen Hochdrucks ist für Freitag noch mehr oder weniger heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.

Geschäftliches

Eine ergiebige Goldader, zugänglich für jedermann, ist neuerdings wieder das Ziel aller derer geworden, die nach Wohlstand streben. Man hat erkannt, daß durch planmäßige Wäschepflege mit Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) sich wesentliche Ersparnisse herauswirtschaften lassen, die im Laufe der Zeit ein ganz erhebliches Summchen ergeben. Das sollte jede Frau vor dem Waschtage bedenken.

Das schöne Schwabenland. Es ist ein Gebilde eigener Art, gleichsam eine Musterkarte aller Länder und steht aus, als hätte der Schöpfer, bevor er die Erde entwarf, ein Modell davon im Kleinen hergestellt, worauf er jede Form andeutete, die er hernach im Großen ausführen wollte: Berge, Flußläufe, Ebenen, Waldflächen; alles ist vorhanden, aber in kleinerem Maßstab und in stetem Wechsel. Immer wieder steht man vor einem anderen Bild. Diese bekannte Charakteristik durch die Dichterin Nolde kurz beweisend ein Bild auf die neue, in schönem Farbendruck erschienene Reliefkarte des Schwabenlandes, auf welcher die grandiosen Landschaftsgebiete im Schwarzwaldbereich, in Hohenlohe-Franken, im Schwäbischen Wald, in der Schwäbischen Alb und in Oberschwaben bis zum Bodensee und Allgäu plastisch vor Augen treten. Die Reliefkarte zeigt außerdem nicht nur die Eisenbahnlinien, sondern auch die über Täler und Höhen führenden wichtigsten Autostraßen und wird jedem für seine Reisen und Reisepläne willkommen sein. Sie ist herausgegeben und erhältlich gegen den niedrigen Preis von 50 Pfg. vom Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart-Hauptbahnhof.

Musik-Berein

Altensteig
Singstunde
anstatt heute erst
Freitag 8 Uhr
in der Stadtkirche.
Vollzähliges Erscheinen
unbedingt notwendig.

Sei
gescheit
nimm
Loba
für den Boden
Loba-Pulver, Bohnerwurz
Loba-Frucht, die wasserreife
des Haus- und Gartenraums

Naturreinen
Bienenhonig
kann noch abgeben

Johs. Bäuerle,
Egenhausen.

Anzeigen für die
Sonntagsnummer
erbitten wir uns
frühzeitig.

Suche einen jungen, fleißigen
Säger

auch würde ein kräftiger
Junge

unter sehr günstigen Bedingungen
und guter Ausbildung in
die Lehre genommen.

Wer — ? sagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Altensteig.
Gelegenheitskauf!

Habe im Auftrag einen
eigene Herrenzimmertisch
sowie 4 Stück eigene Polsterstühle
bereits neu, sofort günstig zu verkaufen.

W. Kalmbach, Möbelschreinerei.



Dr. Thompson's
Seifenpulver Marke Schwan

Farben und Lacke

jeder Art, sowie sämtliche Maler-Utensilien
kaufen Industrie, Gewerbe und Private nur in Ia Fabrikaten
im Ragolder Spezial-Geschäft
für Farben und Lacke
KARL UNGERER, Tel. Nr. 4.

Berneß, den 10. April 1930

Danksagung




Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem so frühen Hinscheiden unseres lieben, unorgelichen Sohnes und Bruders

EUGEN

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers und für den Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Schülern, besonders auch für die Kranzspenden und Kranzniederlegung am Grabe der verstorbenen Frau Otto Kaltendach, sowie von der Arbeiterschaft der Frau Otto Kaltendach und von seinen Schulkameraden, sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Familie Schäberle

Altensteig.
Heute frisch eingetroffen:



Fischfilet, bratfertig 1 Pfd. 60

bei
Chr. Burghard jr.

Bestellungen für Karwoche
auf:
Schellfische, Cabliau, Seelachs, Fischfilet
Goldbarsch, Stöckfische
nimmt bis morgen Freitag abend entgegen.
Der Obige.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zu einem Wohn- und Oekonomiegebäude für Herrn Karl Höhn in Gaugenwald sind die
Maurerarbeiten
zu vergeben. Planunterlagen liegen auf dem Büro des Unterzeichneten zur Einsichtnahme auf, woselbst Angebote bis 12. ds. Mts., abends 6 Uhr, einzureichen sind. Zuschlagsfrist 3 Tage. Die Wahl unter den Bewerbern behält sich der Bauherr vor.

Altensteig, 10. April 1930.
Otto Armbrust,
Baumeister und Wasserbautechniker.
Telephon 113.

Das Blatt der Frau von Welt:
die neue Linie

Eine Zeitschrift, die in schönster Ausstattung Richtlinien der gepflegten Lebensführung, der kultivierten Geselligkeit, des genussvollen Lebens und der modernen Hauslichkeit gibt, nicht zuletzt aber erstklassige Vorbilder für die Kleidung nach den besten Modellen der Weltmode.

Jeden Monats-Beginn neu!
BEYER-VERLAG, LEIPZIG-BERLIN

Halbpreis 1,- Mark.
Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig.